

1 **Sächsische Verhältnisse überwinden:**
2 **Rassismus aus der „Mitte der Gesellschaft“ bekämpfen**

3 Landesmitgliederversammlung am 10. und 11. Januar 2015
4 **Beschluss**

5
6 Sie nennen sich „die Mitte der Gesellschaft“, bestreiten stets, Rassist*innen zu sein und
7 sehen sich selbst als Opfer einer linken Medienkampagne. Die verschiedenen
8 Gruppierungen, die seit Wochen auf Sachsens Straßen für eine weitere Verschärfung des
9 Asylrechtes demonstrieren, mögen sie auch sehr unterschiedliche Teile der Gesellschaft
10 repräsentieren, eint doch ihr nationalistisches und zum Teil auch sozial-chauvinistisches
11 Weltbild. Angetrieben werden sie von ihrer Angst und ihrem Hass gegenüber allem
12 vermeintlich Fremden. „PEGIDA“, „LEGIDA“, „Chemnitz wehrt sich“ und viele andere
13 Gruppierungen sind aber nur Auswüchse einer bereits seit Jahren in Sachsen verankerten
14 nationalkonservativen Ideologie, die längst auch Eingang in Politik, Strafverfolgung und
15 Rechtsprechung gefunden hat. Es wird Zeit, mit diesen typisch sächsischen Verhältnissen
16 aufzuräumen!

17 **„Besorgte Bürger*innen“ und Nazis: Gemeinsam gegen „Asylanten“**

18 Es ist vollkommen egal, wie viele „Bürger*innen“ vor einer geplanten oder vorhandenen
19 Flüchtlingsunterkunft protestieren, Initiator*innen sind meist NPD und rechte
20 Kameradschaften. Wer sich daran beteiligt, weiß das auch. In Ottendorf-Okrilla bei Dresden
21 protestierten im Oktober 600 Menschen gegen eine dort geplante Unterkunft. NPD-
22 Funktionär*innen und bekannte Neonazis standen auf einem Dach und schrien ihre
23 Hasstiraden in die Nacht, umjubelt von ihren Kamerad*innen und „besorgten“ Bürger*innen
24 gleichermaßen.

25 Andernorts in Sachsen ist das nicht anders. Ob in Chemnitz, Bad Schandau oder Bautzen:
26 Überall zeigen Menschen dieser Tage nur sehr wenig Respekt gegenüber dem im
27 Grundgesetz verbrieften Recht auf Asyl. Wir sind entsetzt darüber, wie anschlussfähig
28 Rassismus, Islamphobie und Nationalismus in großen Teilen der sächsischen Bevölkerung
29 sind.

30 **Die „bürgerliche Mitte“ und ihre diffusen Ängste**

31 Als die Terrororganisation „Islamischer Staat“ im Juni 2014 ihre Großoffensive startete und
32 in kürzester Zeit und durch Anwendung grausamster Gewalt große Teile des Iraks eroberte,
33 folgte, eine weltweite Verbreitung von Angst und Panik. Da Furcht sehr oft auch Hass mit
34 sich bringt, wurde wieder einmal eine gesamte Religion zum Feindbild erklärt. Der Islam ist
35 mit 1,6 Milliarden Gläubigen die zweitgrößte Religionsgemeinschaft der Welt. Dass radikale
36 Islamist*innen nur einen winzigen Bruchteil davon ausmachen, rückte, wie so oft, in den
37 Hintergrund.

38 Als Mitte Oktober Kurd*innen in Dresden mit einer Demonstration ihre Solidarität mit den
39 Bewohner*innen der belagerten syrischen Stadt Kobanê zeigten, sahen die Initiator*innen
40 der wöchentlichen „Abendspaziergänge“ darin den Beweis dafür, dass nun Glaubens- und
41 Stellvertreterkriege auf deutschem Boden ausgetragen werden. Genauso grotesk wie diese
42 Interpretation einer Demonstration, die sich gegen Krieg und religiösen Fanatismus richtete,
43 ist der Name der anschließend gegründeten Gruppierung: „PEGIDA“.

44 In kürzester Zeit bildete sich eine Gruppierung, die vorgibt, in der „bürgerlichen Mitte der
45 Gesellschaft“ zu stehen und in der Tradition der Montagsdemonstrationen des
46 Wendeherbstes 1989 friedlich gegen religiösen Fundamentalismus und zugleich auch für
47 Demokratie und Freiheit zu demonstrieren. Dabei schreckt sie aber nicht davor zurück, zur
48 Verwirklichung ihrer Ziele auch Bündnisse mit Hooligans und Rechtsextremen einzugehen.

49 **Was wirklich hinter PEGIDA steckt**

50 Zwar wurde von Beginn an stets betont, man sei eine gewaltfreie und bürgerliche Bewegung,
51 doch kam es im Nachgang der sogenannten „Montagsdemonstrationen“ immer wieder zu
52 Verfolgungsszenen und gewaltsamen Übergriffen auf Andersdenkende und Menschen, die
53 nicht in ihr rassistisches Weltbild passen, wie zuletzt am 22. Dezember 2014 an der Centrum
54 Galerie in Dresden. Als die Betroffenen versuchten die Übergriffe anzuzeigen, wurden sie
55 von der Polizei abgewiesen. Wie passt es in das Konzept einer „friedlichen“ und
56 „bürgerlichen“ Demonstration, wenn rechte Hooligans Jagd auf Menschen anderer Herkunft,
57 Religion oder mit einer anderen Meinung machen?

58 Für uns ist jedenfalls klar, dass wir es nicht mit einer gutbürgerlichen Friedensdemo zu tun
59 haben, sondern mit dem erneuten Versuch, Nationalismus in all seinen widerlichen
60 Ausprägungen salonfähig zu machen.

61 Dies wird besonders deutlich, wenn man sich die Einträge bei Facebook ansieht. Dort wird
62 der Islam regelmäßig als „feindliche Religion“ bezeichnet. Abgesehen davon, dass die Angst
63 vor einer Islamisierung absolut unbegründet ist, werden hier alle Muslim*innen mit einigen
64 wenigen Fundamentalist*innen gleichgesetzt. Weiterhin wird offen gegen Asylsuchende
65 gehetzt. Dabei werden alle Ausländer*innen unter Generalverdacht gestellt, kriminelle
66 Machenschaften im Sinn zu haben.

67 Vorurteile und rassistische Diskriminierung gehören bei PEGIDA ebenso zum „guten Ton“
68 wie die Hetze gegen „linksfaschistische Gutmenschen“ und die „Mainstream-Medien“. Zwar
69 wird stets beteuert, man setze sich für Pressefreiheit ein, doch wehe den Journalist*innen,
70 die es wagen, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen. Auch beruft sich PEGIDA pausenlos

71 auf das Recht der freien Meinungsäußerung, verkennt dabei jedoch, dass das Recht, seine
72 Meinung zu äußern, nicht bedeutet, dass diese Meinung unwidersprochen bleiben muss.

73 Auch vor Äußerungen unter Verwendung des NS-Wortschatzes schrecken die Initiatoren
74 nicht zurück. Das Wort „Volksfeind“, mit dem die Organisatoren höchstselbst die
75 Gegendemonstrant*innen beschimpfen, entstammt der NS-Propaganda und diente zur Zeit
76 des Dritten Reiches der Legitimierung der Verfolgung von Jüd*innen, Kommunist*innen und
77 Oppositionellen. Die Anhänger sind mitunter noch radikaler in ihren Ansichten und
78 schrecken nicht vor Drohungen zurück. So erhielten die Macher der kritischen Plattform
79 „PEGIDA#watch“ wie auch Vertreter der Dresdener Studierendenschaften Morddrohungen
80 von PEGIDA-Anhängern.

81 **Solidarität mit den Betroffenen: Mit Rassisten kann es keinen Dialog geben!**

82 Im Hinblick auf die rassistische Hetze und den Umgang der PEGIDA mit politischen Gegnern,
83 Politikern und Medien und auf die fehlende Dialogbereitschaft der Initiator*innen, sind wir
84 sehr überrascht, dass landauf landab führende politische Persönlichkeiten Verständnis für
85 PEGIDA fordern und teilweise sogar PEGIDA nach dem Mund reden.

86 Leidtragende dieser Entwicklung sind Flüchtlinge und Muslim*innen. Dabei sollte gerade
87 jetzt die Politik Solidarität mit allen zeigen, die nicht in das national-konservative Weltbild
88 der PEGIDA passen. Während der sächsische Innenminister Markus Ulbig einen Kuschelkurs
89 verfolgt und PEGIDA so indirekt unterstützt, äußern bereits zahlreiche Muslim*innen den
90 Wunsch, das Land zu verlassen, viele ausländische Studierende erwägen einen Wechsel an
91 eine Hochschule außerhalb Sachsens. Die ständigen Rufe nach einem Dialog mit PEGIDA
92 verhöhnern damit nicht nur die Opfer rechter Propaganda und Gewalt, sie gefährden auch
93 das Zusammenleben der Menschen in unserem Land.

94 Sicherlich ist es wichtig, das direkte Gespräch mit Bürger*innen zu suchen, die sich in
95 irgendeiner Weise bedroht fühlen. Diese Menschen müssen über die Faktenlage aufgeklärt
96 werden, damit sie nicht länger von Populist*innen angezogen werden. Dialog kann ein Mittel
97 sein, um Misstrauen gegenüber Menschen mit einer anderen Herkunft oder Religion
98 abzubauen und Vorurteile auszuräumen.

99 Jedoch steht für uns eines fest: Absurde Verschwörungstheorien und diffuse Ängste können
100 wir nicht ernst nehmen, für Hass und Fremdenfeindlichkeit können wir kein Verständnis
101 haben, mit Rassisten kann es keinen Dialog geben!

102 Dialog kann, wenn überhaupt, nur außerhalb von PEGIDA und anderen rechtskonservativen
103 Bündnissen und im Rahmen von Bürgerinformationsveranstaltungen stattfinden. Weder die
104 Initiatoren von PEGIDA, noch irgendwelche sonstige rechte Brandstifter*innen haben das
105 Recht, „das Volk“ zu vertreten und in seinem Namen zu sprechen, Forderungen aufzustellen
106 und einen offenen Dialog als Bühne für rassistische Hetze zu missbrauchen. Offener Dialog
107 mit solchen Personen oder Gruppierungen würde Fremdenfeindlichkeit und Gewalt
108 legitimieren.

109 **Das Problem sind die sächsischen Verhältnisse**

110 In den Geschichtsbüchern gilt Sachsen als die Wiege der Sozialdemokratie und als
111 Geburtsstätte des friedlichen Protestes für Freiheit und Menschenrechte. Heute ist der
112 Freistaat auch über die Grenzen Deutschlands hinweg als Negativbeispiel für staatlich
113 tolerierten Rassismus und gesellschaftlich anerkannten Geschichtsrevisionismus bekannt.
114 Bereits zu DDR-Zeiten waren Vorurteile gegenüber Ausländer*innen in der sächsischen
115 Gesellschaft verwurzelt, 25 Jahre selbstgefällige CDU-Regierung haben dies weiter
116 zementiert.

117 Auch durch die Ignoranz und den Opportunismus, der in Sachsen immer noch stramm
118 erzkonservativen CDU, konnten sich rechtsextreme Neonazis im ganzen Freistaat etablieren.
119 Das Problem wurde jahrzehntelang totgeschwiegen und stattdessen antifaschistisches
120 Engagement diskriminiert und kriminalisiert. Die Gerichtsprozesse gegen Markus Tervooren,
121 Tim H. und den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König sind nur die Spitze des Eisberges. In
122 keinem anderen Bundesland ist Engagement gegen Rechtsextremismus so starker
123 Repression ausgesetzt. Nirgendwo sonst ist der hohe Elfenbeinturm der Extremismustheorie,
124 die Links- mit Rechtsextremismus gleichsetzt, ein so fundamentaler Bestandteil von Politik,
125 Strafverfolgung und Rechtsprechung. Der Rassismus aus der „Mitte der Gesellschaft“ wurde
126 dabei ignoriert oder sich ihm angenähert.

127 Die besten Beispiele dafür liefert Markus Ulbig, seines Zeichens oberster Dienstherr der
128 sächsischen Polizei und verantwortlich für deren übermäßig hartes Vorgehen gegen
129 Demonstrant*innen und Menschen, die nicht in ihr rassistisches Weltbild passen. Erst
130 kürzlich kündigte er die Bildung einer polizeilichen Sondereinheit gegen Asylbewerber*innen
131 an, forderte die Einstufung Tunesiens als sogenanntes „sicheres Herkunftsland“ und stets
132 zeigt er Verständnis für die fremdenfeindlichen PEGIDA-Demonstrationen. Stolz prahlt er mit
133 Sachsens Abschiebequote, der höchsten in Deutschland.

134 Die Abschiebungspolitik in Sachsen ist an Menschenfeindlichkeit kaum zu überbieten.
135 Geflüchtete Menschen, die keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, werden teilweise
136 mitten in der Nacht von der Polizei abgeholt und abtransportiert. Kinder werden von ihren
137 Familien getrennt und in unsichere Länder abgeschoben. Den Familien bleibt dann nichts
138 anderes übrig als nachzureisen, was auch das Ziel dieser perversen Strategie ist.

139 Wie selbstverständlich nahm die sächsische Polizei im Sommer 2014 an der EU-Operation
140 „Mos maiorum“ teil, einer gezielten Jagd auf Geflüchtete und Menschen ohne
141 Aufenthaltsstatus. Sächsische Polizisten*innen kontrollierten an Bahnhöfen und in
142 öffentlichen Verkehrsmitteln alle Menschen, die ihrer Ansicht nach nicht deutsch, sondern
143 „fremdländisch“ aussahen und behandelten sie wie Menschen zweiter Klasse.

144 Diese gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist das Vermächtnis der DDR-Staatsmacht,
145 denn auch die DDR war unbestreitbar ein rassistischer Staat. Die CDU-Regierungen seit 1990
146 sahen jedoch keinen Grund, an der Einstellung der Polizei zu Demokratie und
147 Menschenrechten irgendetwas zu ändern.

148 In Sachsen sind Rassismus und menschenfeindliche Einstellungen in Teilen mehrheitsfähig.
149 10 % für die rechtskonservative AfD und fast 5 % für die nationalsozialistische NPD bei der
150 Landtagswahl 2014 sind die Folge. Die NPD verpasste nach 10 Jahren im Landtag den
151 Wiedereinzug nur knapp. Rassist*innen sind in Sachsen gut vernetzt und in die Gesellschaft
152 eingebunden. In Sachsen war es möglich, dass sich neonazistische Terrorist*innen, die in
153 ganz Deutschland mordeten, jahrelang unentdeckt leben konnten. Gleichzeitig konnten sich
154 Schülerzeitungen wie die in Chemnitz publizierte „Blaue Narzisse“ zu rechten Hetzblättern
155 entwickeln. Im Jahr 2014 besuchten NPD-Propagandist*innen sogar Schulen und verteilten
156 dort als Hirsch verkleidet „Infomaterial“.

157 Doch sächsische Behörden, von Polizei bis Verfassungsschutz, sehen gekonnt in die andere
158 Richtung und ermitteln – nachdem sie „Hinweise“ von einem NPD-Landtagsabgeordneten
159 erhalten haben – gegen eine angebliche Antifa-Sportgruppe in Leipzig. Die Ermittlungen
160 wurden im vergangenen Herbst eingestellt mit dem Ergebnis, dass es keine Antifa-
161 Sportgruppe gibt.

162 Die rassistischen Äußerungen des in Görlitz unternehmerisch tätigen Herrn Stöcker aus
163 Lübeck zeigen, wie anschlussfähig menschenfeindliche Ideologien für eine breite Masse sind,
164 nirgendwo so sehr, wie in Sachsen. Weder Zuwanderung noch eine angebliche Islamisierung
165 stellen ein Problem für Sachsen dar. Im Gegenteil: Das Problem sind die sächsischen
166 Verhältnisse!

167 **Wie wir die sächsischen Verhältnisse endlich überwinden**

168 Angesichts dieser Auswüchse können wir nicht länger zusehen, wie sich Sachsen zunehmend
169 zur Brutstätte der Menschenfeindlichkeit entwickelt. Wir rufen aus diesem Grund alle
170 Menschen zum aktiven Widerstand gegen diese Tendenzen auf! Wenn jemand versucht, die
171 Religionsfreiheit und die Meinungsfreiheit mit Hetze und Drohungen einzuschränken, wenn
172 Vorurteile gefördert und rassistische Diskriminierung betrieben sowie die Würde des
173 Menschen und das Recht auf Asyl mit Füßen getreten werden, ob durch PEGIDA, durch die
174 Polizei oder durch populistische CDU-Politiker*innen, darf dies nicht unwidersprochen
175 bleiben!

176

177 Zur Überwindung der sächsischen Verhältnisse müssen endlich konkrete Maßnahmen
178 getroffen werden. Darum fordern wir:

- 179 – eine bessere Demokratieerziehung sächsischer Polizist*innen und ein hartes
180 Vorgehen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einzelner
181 Beamt*innen.
- 182 – die Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen.
- 183 – die Abschaffung der Demokratieerklärung, die antifaschistisches Engagement
184 kriminalisiert. Erfolgreicher Widerstand gegen rassistisches und faschistisches
185 Gedankengut ist nicht möglich, wenn linke Demonstrant*innen systematischer
186 Repression ausgesetzt sind und mit Rechtsextremen gleichgesetzt werden.

- 187 – die Beendigung politisch motivierter Prozesse gegen Antifaschist*innen, die
188 trotz meist fehlender Beweise mit einem Schuldspruch enden.
189 – die Abkehr der sächsischen Politik von rechtskonservativen Ideologien.
190 – Solidarität mit und Schutz von Geflüchteten und Opfern von rechter
191 Propaganda und Gewalt durch Regierung und Behörden.
192 – dass kein Dialog mit Rassist*innen auf Kosten von Geflüchteten und
193 Andersgläubigen geführt wird.
194 – die Abschaffung des Verfassungsschutzes, der erwiesenermaßen nutzlosesten
195 Behörde in Sachsen. Vielmehr soll die Polizei endlich damit beginnen,
196 rassistisch motivierte Straftaten konsequent zu verfolgen.
197 – Land, Kommunen und Behörden auf, auf eine Willkommenskultur hinzuwirken
198 und für eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung der Geflüchteten
199 Sorge zu tragen.

200

201

202 Wir, die GRÜNE JUGEND Sachsen, treten für eine weltoffene Gesellschaft ein, die alle
203 Menschen, egal woher sie kommen und egal welche Sprachen sie sprechen, willkommen
204 heißt. Wir kämpfen für die Freiheit der Meinung und des Glaubens und für eine Welt, in der
205 jeder Mensch jederzeit an jedem Ort frei seine Persönlichkeit entfalten kann.

206

207

208

Wurzen, 11. Januar 2015

209

210

211

212

213

214

215

GRÜNE JUGEND SACHSEN

216

LANDESGESCHÄFTSSTELLE

217

WETTINER PLATZ 10

218

01067 DRESDEN

219

220

BUERO@GJ-SACHSEN.DE

221

WWW.GJ-SACHSEN.DE